

Die Erwartungen waren groß, die Spannung deutlich zu spüren: Nach ihren erfolgreichen Staatsbesuchen in Washington und Moskau verfolgten Beobachter im In- und Ausland den Besuch Angela Merkels in der Volksrepublik China vom 21. bis 23. Mai 2006 mit Argusaugen. Welchen Ton würde sie im Umgang mit den Vertretern jenes Landes anschlagen, das einerseits als kräftiger Wachstumsmotor der Weltkonjunktur Bilanzen und Fantasie deutscher Unternehmenslenker beflügelt, das sich aber andererseits der Übernahme von Menschenrechten und Demokratie beharrlich verweigert? Würde sie ähnlich wie ihre Amtsvorgänger Helmut Kohl und Gerhard Schröder den Schwerpunkt eindeutig auf die Wirtschaftsförderung legen und sich um herzliche persönliche Beziehungen bemühen? Oder würde sie wie schon in Moskau sachlich-nüchtern auch unangenehme Fragen anschnitten?

Zwei ungleiche Partner

Nach ihrer Rückkehr waren sich die Beobachter dann einig: Die deutsche Kanzlerin hatte nicht nur beim chinesischen Softballspiel mit Premierminister Wen Jiabao eine gute Figur abgegeben. Der Balanceakt zwischen moralischem Anspruch und schnöder Wirtschaftsförderung war gelungen. Der Unterschied zu ihren Vorgängern zeigte sich in Nuancen und Zwischentönen. Doch in bilateralen Beziehungen zwischen zwei so ungleichen Partnern sind es gerade diese kleinen, feinen Schattierungen, die eine

entscheidende Bedeutung entfalten können.

Die Faszination, die das Reich der Mitte auf deutsche Politiker, Unternehmer und Intellektuelle ausübt, reicht bis weit vor das Jahr 1972 zurück, als die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarten. Spätestens seit der Aufklärung stimulierte das chinesische Kaiserreich mit seiner jahrtausendealten Philosophie, seiner staatlichen Tradition und seiner Bevölkerungsgröße die Imagination von Denkern und Händlern. Die Gründung der Volksrepublik 1949 und ihre halbherzige Integration in die vom Konkurrenten Moskau dominierte sozialistische Staatenwelt konnten die Grundfaszination Chinas nur kurzzeitig verdunkeln. Spätestens als die studentische Linke den Revolutionär Mao für sich entdeckte und sich nach 1972 auch konservative deutsche Politiker an dem Wettrennen um eine Audienz beim alternden Staatsmann beteiligten, rückten die beiden Grunddeterminanten der deutschen Chinapolitik wieder in den Vordergrund: die Erschließung des potenziell riesigen Marktes für deutsche Unternehmen und der Umgang mit dieser fremden Kultur. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg unter Maos Nachfolgern verschärfte die Problematik zwischen Handelsinteressen und ethischer Verantwortung in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie, erst recht als nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas sicherheitspolitische Sorgen

in den Hintergrund rückten und der ökonomische Aufschwung Ostasiens Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre die Welt in Atem hielt. Deutschland brauchte dringend eine Chinapolitik!

Ökonomischer Imperativ

Auf dem Rückflug einer Asienreise einschließlich eines Staatsbesuches in Peking gab Bundeskanzler Helmut Kohl quasi im Vorübergehen noch im Flugzeug den Anstoß zur Entwicklung eines Asienkonzeptes der Bundesregierung, das ein Jahr später auch die Grundlage für eine entsprechende europäische Programmatik bot. Das Asienkonzept von 1993 war seiner Grundidee und seinem Kerninhalt nach ein leicht erweitertes *Chinakonzept* mit nur wenigen zumeist vagen Andeutungen zum „restlichen Asien“. Immerhin bildete dieses öffentlichkeitswirksame PR-Papier eine erste offizielle Bestimmung der deutschen Interessen in Asien und bemühte sich zumindest rhetorisch um einen Ausgleich zwischen dem Auftrag des Grundgesetzes, sich für die Achtung der Menschenrechte einzusetzen, und dem ökonomischen Imperativ, mächtige und zunehmend wohlhabende Kunden nicht zu verprellen. Während Bundeskanzler Kohl in seinen Besuchen und als Gastgeber konsequent auf Wirtschaftsförderung setzte, versuchten sich das Außenministerium und der Bundestag immer wieder einmal als Schutzheilige der Menschenrechte. Doch blieben die Verstimmungen zu unbedeutend, um den kontinuierlichen Anstieg der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in den 1990er Jahren zu bedrängen.

Mit dem Amtsantritt der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder standen die Zeichen zunächst auf Sturm: Erste Ankündigungen von Josef Fischer und Gerhard Schröder schienen einen neuen, deutlich kritischeren Ton in die offizielle deutsche Chinapolitik einzuführen. Doch spätestens

seit dem heiklen ersten Staatsbesuch von Kanzler Schröder im Jahr 1999, auf dem er sich im Namen der NATO für die versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad entschuldigen musste, verlief die deutsche Chinapolitik in bewährten Bahnen. Das Bundeskanzleramt übernahm die Kontrolle der bilateralen Beziehungen, das Auswärtige Amt und vor allem sein oberster Repräsentant zogen sich weitgehend zurück. Der „Kanzler der Konzerne“ entwickelte ein fast schon freundschaftliches Verhältnis zum damaligen chinesischen Premierminister Zhu Rongji und setzte mit aller Energie auf Wirtschaftsförderung. Fragen der Menschenrechte und Demokratisierung, die im neuen Regionalkonzept der rot-grünen Regierung von 2001/2002 neben sicherheits- und entwicklungspolitischen Fragen hervorgehoben wurden, lagerte die Bundesregierung zum Teil an die Europäische Union aus, zum Teil an bilaterale Initiativen wie den deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog. Beide dienten dem Bundeskanzler wiederholt als ethisches Feigenblatt gegenüber Kritikern in den Regierungsfractionen. Offiziell fand die neue deutsche Chinapolitik ihre Formulierung im „Regionalkonzept Ostasien“ aus dem Jahr 2002, dem auch Regionalkonzepte für Südasien und Südostasien folgten. Zudem verfeinerte die Schröder-Regierung die Arbeitsteilung, die in groben Zügen bereits sein Vorgänger praktiziert hatte: Offene Worte zur katastrophalen Menschenrechtslage in der Volksrepublik fanden der Bundespräsident und gegen Ende seiner Amtszeit auch der Außenminister. Somit reduzierte sich die rot-grüne Chinapolitik in der Folgezeit auf Handelsförderung, gepaart mit halbherziger Unterstützung gesellschaftlicher Kooperation.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen entfalteten in der Folge eine Vielzahl von Programmen und Initiativen, die den elementaren Konflikt jedoch nur über-

tünchen, keineswegs lösen konnten: die grundsätzliche Frage, wie man angesichts der fantastischen ökonomischen Anreize Chinas dem Gebot des deutschen Grundgesetzes zur Förderung von Menschenrechten und Demokratisierung gerecht werden kann.

Merkels Menschenrechtskurs

Vor diesem Hintergrund betrat nun Bundeskanzlerin Merkel zum ersten Mal die Bühne der deutsch-chinesischen Beziehungen. Sie selbst erlegte die Bundeskanzlerin im Vorfeld des Besuchs eine fast schon unheimliche mediale Zurückhaltung auf. Mit der Begründung, dass sie China erst selbst erleben müsse, bevor sie chinesische Politik beurteile, verweigerte sie vor ihrer Abreise chinesischen Pressevertretern Interviews. Offene Indiskretionen aus dem Umfeld ihrer Delegation deuteten jedoch an, dass die neue Kanzlerin Dispute und Themen autoritärer chinesischer Politik nicht ignorieren würde, sondern eine bestmögliche Nutzung des soliden Fundamentes der bilateralen Beziehungen anstrebte, um sich der chinesischen Führung offen und sachlich nähern zu können. Der einflussreiche langjährige Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Heinrich von Pierer, sah sich schon genötigt, eindringlich davor zu warnen, zu sehr mit „erhobenem Zeigefinger aufzutreten“ („Merkel will China offen kritisieren“, *Financial Times Deutschland* vom 22. Mai 2006), so sehr verdichteten sich die Gerüchte um einen klaren Menschenrechtskurs der Bundeskanzlerin.

Auch die chinesische Presse reagierte sichtlich verunsichert und betonte die Solidität der bilateralen Beziehungen, die durch das „Handeln einer einzelnen Person“ nur unwesentlich beeinflusst werden könnten. In diesem Sinne wurde auch die Einladung von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen in ihrer Bedeutung heruntergespielt und betont, wie wenig Zeit

bleibe, um sich ein wirkliches Bild von der Lage Chinas bei einem solchen Empfang zu machen (*Renmin Ribao*, größte Tageszeitung der Volksrepublik China, am 20. Mai 2006). Das Vorhaben der Bundeskanzlerin, ähnlich wie bereits in Russland auch mit Vertretern von Organisationen zusammenzutreffen, die nicht die offizielle Linie von Staat und Partei vertreten, erhöhte die Sorgen ihrer Gastgeber.

Neue Töne

Und in der Tat: Merkel wurde diesen Erwartungen gerecht. Nicht nur die Treffen mit Chen Guidi und Wu Chuntao, die ein stark beachtetes kritisches Buch über die Lage der Bauern in China publiziert hatten, und mit dem Erzbischof von Schanghai, Aloysius Jin, setzten ein wichtiges Zeichen. Auch gegenüber dem chinesischen Premier Wen Jiabao blieb die Kanzlerin trotz einer betont informellen und positiven Inszenierung des gemeinsamen Frühstücks inklusive eines Parkspaziergangs bei ihrer angekündigten Linie: Sie fand klare Worte zu den Defiziten chinesischer Menschenrechtspolitik und den intolerablen Verletzungen des geistigen Eigentumsrechtes auf dem chinesischen Markt und verweigerte sich gegenüber weitgehenden finanziellen Zusagen, um die festgefahrenen Verhandlungen über eine neue Maglev-Strecke (die Transrapid-Strecke zwischen Schanghai und Hangzhou) in traditioneller Manier zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Sie brach sogar mit der diplomatischen Tradition, indem sie der chinesischen Regierung offen mit Konsequenzen seitens der Europäischen Kommission drohte, falls China seinen WTO-Verpflichtungen nicht nachkomme und die unzähligen Hindernisse für europäische Unternehmen auf dem chinesischen Markt nicht beseitige. Schon vor ihrem Abflug hatten Angehörige der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Entwicklungshilfe für China zur Disposition gestellt.

Alles in allem setzte die Kanzlerin damit tatsächlich das um, was im Vorfeld angekündigt worden war. Sie nahm die Reife und Bandbreite der deutsch-chinesischen Beziehungen als Grundlage für einen offenen und sachlichen Umgang unter Partnern mit gemeinsamen Interessen und teils gegensätzlichen Vorstellungen von Recht und Gesetz. Gleichwohl übernahm sie von ihren Vorgängern die Tradition der öffentlichkeitswirksamen Unterzeichnung von Investitions- und Handelsverträgen zwischen deutschen und chinesischen Unternehmen während des Staatsbesuches, so dass die Wirtschaftsförderung nicht allzu sehr in den Hintergrund geriet.

Ernüchterung im Chinageschäft

Dieser neue Ton in den deutsch-chinesischen Beziehungen ist jedoch mehr als nur eine neue persönliche Note der Kanzlerin. Er weist auf eine wichtige Veränderung in der deutschen Haltung gegenüber dem Reich der Mitte hin: nämlich eine zunehmende Ernüchterung im Chinageschäft vieler deutscher Unternehmen. Zwar lässt sich dort durchaus gutes Geld verdienen und scheint das Diktum Heinrich von Pierers, das Risiko, nicht in China vertreten zu sein, sei weitaus größer, als dort vertreten zu sein, weiterhin das Handeln vieler Manager zu bestimmen. Doch im Gegensatz zu früheren Besuchen kam dieses Mal die Forderung nach einer härteren Haltung gegenüber der chinesischen Regierung keineswegs allein aus den Kreisen der Menschenrechtsaktivisten. Vielmehr stimmten Wirtschaftsvertreter in den Chor derer ein, denen weniger die Frage nach Presse- und Versammlungsfreiheit auf den Nägeln brannte als unlautere Wettbewerbspraktiken und vor allem der rücksichtslose Umgang mit geistigen Urheberrechten und Patenten. Der Markt der Zukunft ist gegenwärtig ein Paradies der Marken- und Produktfälscher, auch zum Leidwesen der deutschen Un-

ternehmen. Insofern folgt Merkel auch in ihren kritischen Tönen durchaus Interessen der Deutschland AG.

Schließlich stand der Staatsbesuch auch im Zeichen der wachsenden Bedeutung Chinas in der Weltpolitik. Gerade in der Frage nach dem internationalen Umgang mit dem iranischen Atomprogramm kommt der Volksrepublik China als ständigem Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle zu („Merkel and Hu say no to Iranian nuclear arms“, *International Herald Tribune* vom 22. Mai 2006). Die Bundeskanzlerin übernahm hier eine Mittlerfunktion zwischen der EU, den USA und China. Dies half, Unstimmigkeiten bei Rechtsfragen nicht eskalieren zu lassen, und unterstrich die Normalität in den Beziehungen beider Länder.

Mehr als eine Frage des Stils

Auf den ersten Blick wirkt all dies nur wie eine unwesentliche Veränderung im Zuge des persönlichen Stils und der Ansichten der Kanzlerin ohne größeren Einfluss auf die etablierte Praxis dreißigjähriger Wirtschaftsbeziehungen. Natürlich reiste Frau Merkel (wie auch ihr Vorgänger) mit einer umfangreichen Delegation von Wirtschaftsvertretern und zeichnete verantwortlich für den Abschluss zahlreicher Verträge im Wert von mehreren hundert Millionen Euro (zumindest auf dem Papier). Darüber hinaus bestand sie nicht darauf, dass das jährliche Treffen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialoges in Peking stattfand, da die Kommunistische Partei es vorzog, diesen im fernen Xian abzuhalten, um allzu viel internationale Aufmerksamkeit zu vermeiden. Dies galt vor allem für empfindliche Themen wie Misswirtschaft bezüglich der Kompensationszahlungen umgesiedelter Bauern.

Diese Kombination aus protokollarischer Beschwichtigung der chinesischen Führung *ex ante*, vor allem auf das heimi-

sche Publikum ausgerichteten Ankündigungen zur stärkeren Betonung von Menschenrechtsfragen und dem Beibehalten der staatlichen Unterstützung für das deutsche Chinageschäft ähnelt auf frappierende Weise der Politik unter Kohl und Schröder. Ihr nachdrücklicheres Beharren auf Menschenrechten und ihre Kritik politischer Defizite der chinesischen Führung könnte man jedoch leicht als eine Veränderung des persönlichen Stils herunterspielen. Doch entfalten diese neuen Töne ihre Wirkung vor allem nach innen: Sie leisten einen überfälligen Beitrag zu einer Versachli-

chung des Umgangs mit der Regierung eines Landes, das für seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungskurs höchsten Respekt verdient, dessen Haltung in Menschenrechtsfragen und in Bezug auf elementare demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten in keiner Weise den Werten des deutschen Grundgesetzes entspricht. Die gereiften bilateralen Beziehungen als Grundlage für eine engagiert-kritische Auseinandersetzung mit der chinesischen Regierung zu nehmen erscheint als kleine, aber feine Neuerung der deutschen Chinapolitik.

Sachlich, freundlich, unbeirrbar

„Menschenrechte, Todesstrafe, Religion – die Palette all jener Themen, die Merkels Vorgänger Schröder in den ‚Rechtsstaatsdialog‘ verwiesen hatte, rückte bei Frau Merkels Besuch in die offizielle Agenda. Die Klage über Urheberrechtsverletzungen war ein Thema in jeder öffentlichen Äußerung der Kanzlerin. Und sie traf sich persönlich mit Kritikern der chinesischen Regierung, was einer Begegnung mit einer im chinesischen System nicht vorgesehenen Opposition entsprach. Es hat Veränderungen gegeben. Daß diese nicht zu Mißstimmungen führten, war auch darauf zurückzuführen, daß Frau Merkel im Umgang mit den chinesischen Führern den richtigen Ton fand: sachlich, freundlich, unbeirrbar. [...] So viel neuer Realismus ist nicht allein dem Regierungswechsel und einem neuen Stil der Kanzlerin zuzuschreiben. Es hat sich auch das politische Kräfteverhältnis und die Wahrnehmung von China in Deutschland und dem Rest der Welt in den vergangenen Jahren gründlich geändert.“

Petra Kolonko am 27. Mai 2006 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*